

Das kurze Gedächtnis der griechischen Gesellschaft

Asylsuchende sind in dem Land, das sie als Durchgangsstation auf dem Weg in ein besseres Leben betrachten, auf sich allein gestellt

Griechenland dient den meisten Flüchtlingen nur als Durchgangsstation. Im Land sind die Migranten völlig auf sich allein gestellt. Trotz langjähriger Kritik von Menschenrechtsorganisationen ändert sich an den katastrophalen Zuständen nur wenig.

Elena Panagiotidis, Athen

Einige Dutzend Männer aus Pakistan, Bangladesh, Afghanistan, Nigeria und anderen Staaten warten entlang des Gitterzauns, der die zentrale Asylbehörde von Attika in der Petrou-Ralli-Strasse in Athen umgibt. Einer von ihnen ist ein Ghanese, der sich Amadu nennt. Die Männer stehen am Hintereingang zum Gebäude. Hierher müssen sich Migranten wenden, wenn sie einen Asylantrag stellen wollen. In der Petrou Ralli wurden im Jahre 2007 laut dem Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) rund 94 Prozent aller Asylanträge in Griechenland gestellt.

Monatelanges Warten

Es ist glühend heiss, kein Baum spendet Schatten. Ein Polizist herrscht auf Griechisch die Männer an, wenn sie zu dicht zum Tor kommen, um etwas zu fragen. Ein Anwalt läuft zwischen den Wartenden umher und bietet seine Hilfe an. Es wird offensichtlich, dass er, gegen Geld, den Flüchtlingen den Zutritt zur Behörde verschaffen kann. Die Zustände in der Petrou Ralli werden immer wieder von internationalen Organisationen und griechischen Flüchtlingshelfern angeprangert. Human Rights Watch, Pro Asyl, aber auch der Council of Europe und das UNHCR kritisieren seit Jahren dieselben Punkte an der Asylpraxis in Griechenland: ein Mangel an Verfahrensgarantien und schlechter Zugang zum Asylverfahren, willkürliche Verhaftungen, ungenügende Aufnahmeverfahren und jämmerlich niedrige Anerkennungsquoten.

Laut einem Bericht des UNHCR vom Dezember 2009 müssen Asylsuchende manchmal monatelang vor den Toren an der Petrou Ralli vorsprechen, bis sie endlich die Chance erhalten, ins Innere des Gebäudes zu gelangen, um sich registrieren zu lassen. Der griechische Flüchtlingsrat weiss von Somaliern, die acht Monate lang vergeblich vor den Pforten erschienen sind. Bemängelt wird auch, dass es Polizisten sind, die sich um die Asylverfahren kümmern. Diese seien nicht dafür ausgebildet, und nur in den seltensten Fällen ständen den Flüchtlingen Dolmetscher zur Seite. Erst im Juli hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte Griechenland wegen massiver Verstöße gegen die Europäische Menschenrechtskonvention verurteilt.

Amadu, der Ghanese, hat bereits eine Pink Card. Das rosafarbene Papier bedeutet, dass jemand ein registrierter Asylbewerber in Griechenland ist, alle sechs Monate muss die Karte erneuert werden. Amadu möchte an diesem Tag nur einen Stempel, der ihm eine Adressänderung bescheinigt. Dies ist wichtig, denn jeder Asylsuchende muss eine Adresse vorweisen können. Theoretisch auch, damit ihn die Behörden informieren können, wie es mit seinem Asylgesuch weitergeht. Eine Anhörung seines Falles hat noch nicht stattgefunden, obwohl Amadu bereits seit März 2009 in Griechenland lebt.

Illegale Einreise

Um den Stempel zu bekommen, hat der 34-Jährige bereits am Vortag stundenlang gewartet, bis es hiess, er solle am nächsten Tag wiederkommen. Auch heute wartet der zierliche Mann mit den traurigen Augen bereits seit zwei Stunden. Man hat ihm schon gesagt, er solle morgen wieder kommen, doch Freitag ist der einzige Tag in der Woche, an dem Amadu arbeitet, der einzige Tag, der Abwechslung in die Monotonie und die Einsamkeit seines Daseins bringt. Wäh-



Zahlreiche Migranten leben in Athen auf sich allein gestellt in heruntergekommenen Gebäuden.

IAKOVOS HATZISTAVROU / INVISION / LAIF

rend die Sonne brennt und Lastwagen durch die enge, staubige Strasse fahren, erzählt Amadu, der in Ghana Autos repariert hat, wie er illegal nach Griechenland eingereist ist, um in Europa ein besseres Leben zu finden. Ein Freund seiner verstorbenen Eltern habe die Kosten übernommen. Mit Hilfe eines Agenten habe er die Reise organisieren können. Mit dem Flugzeug sei er bis nach Istanbul geflogen. Das Visum in seinem Pass – als Grund für den Besuch wurde eine Konferenz in Istanbul angegeben – habe die türkische Botschaft in Nigeria ausgestellt. Nach zwei Wochen in Istanbul seien er und die Mitreisenden mit einem Lastwagen nach Izmir gebracht worden und hätten dort mit einem Schlauchboot auf die gegenüberliegende Insel Samos übergesetzt. Jedes Jahr endet für viele Migranten die Überfahrt von der Türkei nach Griechenland tödlich. Im Juni sind mindestens 16 Migranten beim Versuch, den türkisch-griechischen Grenzfluss Evros zu überqueren, ertrunken.

Als nach weiteren drei Stunden Wartens offensichtlich wird, dass Amadu an diesem Tag seinen Stempel nicht mehr bekommen wird, beschliesst er, in seine Unterkunft zurückzukehren. In Griechenland gibt es viel zu wenige Unterkünfte für Flüchtlinge. Laut dem UNHCR-Bericht stehen nur in zwölf Aufnahmezentren Unterkünfte mit einer Gesamtkapazität von 811 Plätzen zur Verfügung. Die Zahl von 15 925 neu registrierten Asylbewerbern im Jahre 2009 (rund 20 000 waren es im Jahre 2008) zeigt, dass Griechenland völlig überlastet ist. Insbesondere erwachsene männliche Asylbewerber haben kaum Chancen auf einen Platz in den teils

staatlich, teils privat geführten Unterkünften, die zudem überbelegt und schlecht ausgestattet sind, weil kaum Geld zur Verfügung steht.

Daher sind unzählige Männer, aber auch Familien obdachlos, sie schlafen in heruntergekommenen, verlassenen Gebäuden oder in Parks. Amadu war ebenfalls einige Zeit obdachlos. Doch eines Tages habe er auf der Strasse einen Priester angesprochen. Dieser habe ihm einen Zettel mit der Adresse von «Anakoufisi» gegeben. Nun zeigt er seine Bleibe in Piräus. «Anakoufisi», was auf Griechisch Linderung bedeutet, ist ein von der orthodoxen Kirche Griechenlands betriebenes Heim für Obdachlose. An einem Tisch im Flur, der wie alle Räume im Haus blitzblank ist und nach Chlor riecht, sitzt Eleni. Die Griechin putzt hier und ist Ansprechpartnerin für die drei Dutzend Bewohner. Amadu teilt sein Zimmer mit einem Äthiopier und einem Iraner. Ausser einer somalischen Familie sind die anderen Bewohner Griechen, die sich keine Wohnung leisten können.

«Rolex» und Suppenküchen

«Amadu ist so ein guter Junge», sagt Eleni. Er helfe immer, wenn es etwas sauber zu machen oder zu renovieren gebe. Eleni spricht nur Griechisch, aber sie hat eine herzliche Art, Mitgefühl und Respekt für die Menschen, die hier wohnen. Mitgefühl und Respekt sind etwas, was Amadu und viele seiner Schicksalsgenossen in Griechenland vermissen. Im Gespräch mit Amadu und anderen Migranten werfen diese der griechischen Polizei sowie der gesamten Gesellschaft einen tiefsitzenden Rassismus vor.

Um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten, verkaufen viele Migranten gefälschte Louis-Vuitton-Taschen und Rolex-Uhren oder gebrannte DVD, da sie keine finanzielle Unterstützung vom griechischen Staat bekommen. Auch Amadu hat zwei Monate lang versucht, Taschen zu verkaufen. Seit einiger Zeit hilft er einmal pro Woche beim Beladen einer privaten Luxusjacht im Hafen von Piräus. Er verdient dabei 40 Euro, von denen er eine ganze Woche leben muss. Oft geht er zu einer von der Kirche betriebenen Armenspeisung in Piräus. Früher, als er noch im Zentrum Athens lebte, war sein Anlaufpunkt das Obdachlosenzentrum der Stadt Athen (Kyada). Dieses liegt in der Nähe des Omonia-Platzes, wo sich einige Suppenküchen angesiedelt haben.

Während Kyada 2008 rund 1500 Mahlzeiten am Tag austeilte, hat sich die Zahl mittlerweile auf 4000 Mahlzeiten erhöht. Am Abend sind es vor allem die Migranten und Flüchtlinge, die sich in die lange Schlange vor der Essensausgabe reihen. Bereits ab 17 Uhr strömen die Menschen auf den grossen Hof. Es gibt kleine Steinmauern und einige wenige Bänke, doch die meisten finden keine Sitzgelegenheit. Sie verschlingen das Pasta-Fertiggericht aus den blauen Plasticschalen im Stehen oder in hockender Position am Boden.

Eine andere Organisation, die sich um Migranten kümmert, hat ihre Räume auch in der Nähe des Omonia-Platzes. Die Nichtregierungsorganisation Praksis unterstützt bedürftige Einheimische und Migranten medizinisch, psychologisch und juristisch. Sie betreibt zwei Kliniken in Athen und Thessaloniki. Die demografische Struktur der

Migranten in den beiden Städten unterscheidet sich. Tzanetos Antypas, der Präsident von Praksis, sagt, dass in Athen vor allem Männer zwischen 18 und 35 Jahren aus Bangladesh, Pakistan, Indien und afrikanischen Staaten zu finden seien. In der nordgriechischen Stadt Thessaloniki seien Frauen zwischen 25 und 50 Jahren aus den Ländern der ehemaligen Sowjetunion die grösste Migrantengruppe. Sie seien vor allem als Haushaltshilfen beschäftigt und mit der Betreuung alter Menschen betraut.

Ausstehende Zahlungen

Etwa 80 Personen behandeln die Praksis-Mitarbeiter pro Tag, abgewiesen wird niemand. Die meisten Patienten seien Personen ohne Papiere und Aufenthaltserlaubnis, sagt Antypas. Ein griechischer Ministerialerlass sieht vor, dass Inhaber einer Pink Card das Recht auf kostenlose medizinische Versorgung in staatlichen Spitälern haben. Doch Amnesty International moniert, dass registrierten Asylbewerbern zwar gemäss internationalem Recht adäquate medizinische Behandlung zusteht. Doch wüssten viele Spitäler von dieser Regelung nichts und verlangten Geld für die Leistungen.

In den Kliniken von Praksis kümmert man sich vor allem um Neuankommlinge. Bereits entlang der griechischen Grenze zur Türkei und in den Aufnahmezentren auf den Inseln verteilen Freiwillige Informationsblätter von Praksis, auf denen erklärt wird, wo sich Flüchtlinge melden müssen, wo es kostenlose Mahlzeiten und Kleidung gibt und wo man medizinische und juristische Betreuung erhalten kann. Praksis finanziert sich durch private Sponsoren. Einige Projekte, wie die Unterbringung von Flüchtlingen in von der Nichtregierungsorganisation gemieteten Wohnungen, genannt «Stegi» (Obdach), werden zu 75 Prozent durch den Europäischen Flüchtlingsfonds und zu 25 Prozent vom griechischen Gesundheitsministerium finanziert. Die Zahlungen für das Projekt «Stegi» durch die griechische Regierung stünden seit 10 Monaten aus, sagt Antypas. «Wir können eine Familie doch nicht auf die Strasse setzen und ihr sagen: Die Regierung zahlt halt nicht.»

Auch versuchen die Mitarbeiter, Asylbewerber weiterzubilden und in Jobs zu vermitteln. Vor der Wirtschaftskrise sei dies noch relativ gut gelungen, sagt Antypas, doch nun seien die Migranten die Ersten, die ihre Jobs verlor. In den letzten Monaten habe man verstärkt beobachtet, dass Migranten entweder in ihre Herkunftsländer zurückgingen oder auch versuchten, in andere Staaten zu gelangen. Die meisten Migranten betrachteten Griechenland nicht als ihr eigentliches Ziel. Es sei ein «geografisches Muss», das es auf dem Weg in andere europäische Länder zu überwinden gelte, sagt Antypas.

Fluch von Dublin II

Doch selbst wenn es die Migranten schaffen, in ein anderes europäisches Land zu gelangen, können sie nicht sicher sein, nicht doch wieder nach Griechenland zurückgeschickt zu werden. Schuld daran ist die sogenannte Dublin-II-Verordnung (siehe Kasten). Am Abend trifft sich Amadu mit seinen Freunden auf der Plateia Amerikis. Sie alle träumen von Deutschland, der Schweiz, England oder Belgien. Einer von ihnen hat es nach eigener Aussage sogar einmal von Griechenland über Spanien und Frankreich bis nach Belgien geschafft, wo sein Onkel lebt. In Brüssel habe er eine dringend notwendige Operation erhalten, danach sei er von den Behörden in ein Flugzeug nach Athen gesetzt worden. Jetzt lebe er wieder auf der Strasse.

«Noch vor wenigen Jahren sind wir Griechen in alle Welt emigriert, in europäische Länder, die USA, Australien», sagt Tzanetos Antypas. «Daher würde ich erwarten, dass die griechische Gesellschaft sensibler mit den Flüchtlingen umgeht. Aber das tut sie nicht. Sie hat ein sehr kurzes Gedächtnis.»

Der Europäische «Verschiebehof»

ela. · Seit 2003 regelt das Dublin-II-Abkommen, welches EU-Mitgliedsland für ein Asylverfahren zuständig ist. Auch in Norwegen, Island und seit 2008 in der Schweiz kommt die Verordnung zur Anwendung. Durch sie soll vermieden werden, dass Flüchtlinge in mehreren Staaten Asylanträge stellen. Die südeuropäischen Länder an der EU-Aussengrenze stehen unter Druck, da viele Migranten über sie einreisen und sie somit verantwortlich für die Bearbeitung der Fälle sind. Die Organisation Pro Asyl kritisiert, dass sich die EU so zu einem «Verschiebehof» für Flüchtlinge entwickelt habe und ein regelrechter Wettbewerb stattfinde, wer die meisten Flüchtlinge an die Nachbarländer loswird.

Internationale Organisationen haben wiederholt für eine Aussetzung der Rückführungen nach Griechenland plä-

diert, da ein Zugang zu einem fairen Asylverfahren dort nicht gegeben sei. Vereinzelt haben Gerichte auch schon gegen eine Rückschiebung entschieden. Am 1. September hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Strassburg den Fall eines afghanischen Asylbewerbers verhandelt, der im Rahmen der Dublin-II-Verordnung von Belgien nach Griechenland zurückgeschickt worden war. An der Anhörung kritisierte der Menschenrechtskommissar des Europarats, Thomas Hammarberg, die Situation von Migranten in Griechenland. Staaten, die durch die Rücküberstellung von Flüchtlingen stark überlastet seien, müssten von ihren Verpflichtungen aus der Dublin-II-Verordnung befreit werden, so Hammarberg. Dies hatte im Juli auch der griechische Vizeminister für Bevölkerungsschutz,

Spyros Vougiaris, in Brüssel gefordert. Bilaterale Abkommen zwischen Staaten verschieben oft nur die Probleme. Auf einem informellen EU-Minister-Treffen zur europäischen Immigrationspolitik am Montag wurde betont, dass eine zwischen Rom und Tripolis getroffene Vereinbarung zwar zu einem Rückgang der illegalen Einwanderung in Italien geführt habe, schickt Rom nun doch Bootsflüchtlinge postwendend nach Libyen zurück. Dafür beklagte Vougiaris, dass ein Grossteil dieser Migranten nun Asyl in Griechenland suchten. Doch auch Athen will sich mit einem ähnlichen Abkommen die unerwünschten Einwanderer vom Leib halten. Dafür hat Griechenland mit Ankara im Mai 2010 ein Rückübernahmeabkommen unterzeichnet, um sicherzustellen, dass die Türkei illegal eingereiste Migranten wieder übernimmt.